

## Lebensgefahr in Peru

Wegen der Folgen des Klimawandels klagt ein Bauer gegen RWE. Seite 2



## Existenzkampf im Film

Ken Loach zeigt in »Ich, Daniel Blake« den Zorn eines Erwerbslosen. Seite 15

Foto: AFP/Daniel Leal-Olivos

## Uferzoff in Berlin

Bürger und Ämter streiten über Gewässerränder. Seite 11

Foto: imago/Schöning



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 24. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 275

Bundesausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

### STANDPUNKT

## PR-Berater der Bonusklasse

Velten Schäfer beteiligt sich an der Generaldebatte zum Haushalt

Kein Wort beschreibt die Gesellschaft derzeit so gut wie »Bonus«: Wörtlich ist das ein Extra für jemand, der gut ist. Tatsächlich aber steht das Wort für etwas, das man bekommt, weil man oben ist. Der Streit um das Bonuswesen bei VW und Deutscher Bank zeigt, für wie selbstverständlich die Bonusklasse ihren Anspruch aus Stellung längst nimmt: Das Erinnern an den Wortsinn gilt als persönlicher Angriff.

Kein Satz macht die Normalität dieser Verdrehung so klar wie der, den CDU-Mann Volker Kauder nun in der Haushaltsdebatte dazu sagte: Man solle sich »sensibler in der Öffentlichkeit bewegen«. Es trage zur »Irritation in unserer Gesellschaft« bei und sei schlechte »Kultur«, wenn das Rausschmeißen und Einsacken zeitgleich Thema ist. Kauder hielt das für kritisch, doch ist es ein Offenbarungseid. Umgekehrt ist dann Einlullen und Verschleiern gute »Kultur«. Engels nennt Politik den »geschäftsführenden Ausschuss« der Bonusklasse. Kauder deutet an, wozu sie sich zu degradieren im Begriff ist – zu deren PR-Beratung: »Irritationen« zerstreuen statt Dinge anpacken.

Ganz so verlief die restliche Debatte: Die einen fantasierten die »offene Gesellschaft«, obwohl für viele die Türen längst dicht sind. Andere sprachen von Fußball: Hauptsache, die Null steht!

Nur eins sollte nicht zur Sprache kommen: wer nämlich die Boni einstreicht, während andere Pfandflaschen sammeln. Man hörte es am Geblöke während der Rede von Sahra Wagenknecht: immerhin ein bisschen Irritation.

### UNTEN LINKS

Der uralte Kalauer, dass jeden Tag genau so viel passiert, wie in eine Zeitung passt, hat nie gestimmt – und tut es im Onlinezeitalter schon gar nicht. Es passiert immer viel mehr und die Qual der (Aus)wahl liegt dann in wenigen Händen. Und so fallen jeden Tag spannende Nachrichten unter den Tisch. Das ist ärgerlich, weil sie für das Verständnis von Politik oft wichtiger sind als jedes Statement. Nehmen wir nur die Tatsache, wie sich die moralischste CSU-Instanz aller Zeiten, Edmund Stoiber, vehement für Uli Hoeneß ins Zeug legt, der morgen als Präsident zum FC Bayern zurückkehrt. Auch dass SPD-Außenminister Frank Walter Steinmeier am allerliebsten Rouladen isst, muss uns interessieren – schließlich wollen wir alle einen volksverbundenen neuen Bundespräsidenten. Und die sich ankündigende neuerliche Vaterschaft von Vizekanzler Sigmar Gabriel lässt die unbeantwortete K-Frage bei der SPD in anderem Licht erscheinen, nämlich in einem völlig nebensächlichen. oer

## Zauberhafte Abzocke

Cum-Ex-Deals: Bankenlobbyist schrieb an lückenhaftem Gesetz mit



Foto: 123rf/fergoregory

Berlin. Früher träumten die Alchimisten davon, aus billigen Substanzen Gold herstellen zu können. Besonders erfolgreich waren sie damit bekanntlich nicht. Im Gegensatz zu ihren modernen Nachkommen, den Finanzjongleuren. Diesen gelang die wundersame Geldvermehrung mit einem ganz besonderen Zaubertrick. Sie vermehrten einfach die Rückerstattungsbescheinigungen für die Kapitalertragssteuer auf Dividendenzahlungen. Doch mit schwarzer Magie hat dies nichts zu tun, stattdessen mit einer Gesetzeslücke, gegen die das zuständige Bundesfinanzministerium lange Zeit nichts getan hat.

2012 erst wurden diese Cum-Ex-Deals unmöglich gemacht. Zwölf Milliarden Euro schwer ist der Schaden, der entstanden war. Warum dies geschehen konnte, soll seit Anfang des Jahres ein Untersuchungsausschuss des Bundestages herausbekommen. An diesem Donnerstag soll der Unternehmer Carsten Maschmeyer dort aussagen. Der Mann von Schauspieler Veronika Ferres war über die Schweizer Bank Safran Sarasin in solche Geschäfte verwickelt. Maschmeyer will aber von der wundersamen Art der Geldvermehrung nichts gewusst haben. Die Bank habe »Geld zweckentfremdet und vertragswidrig wohl in

einen Cum-Ex-Fonds investiert«, erklärte er im Magazin »Focus«.

Auf ganz so wundersame Weise blieb die Lücke für Banken und Vermögende im Steuerrecht nicht offen. Die jahrelang angespannte Personallage in der Steuerabteilung des Bundesfinanzministeriums führte dazu, dass man sich 2004 freute, mit Arnold Ramackers eine »absolute Spitzenkraft« im Investmentsteuerrecht gefunden zu haben. Nur zu dumm, dass der ehemalige Richter auch auf dem Gehaltszettel des Bundesverbands Deutscher Banken stand. Einen über 80 000 Euro dotierten Beratervertrag soll er gehabt haben. spo Seite 3

## Überlegungen zur Überlegenheit

Bundestagsabgeordnete machen sich Gedanken über Populismus und soziale Spaltung der Gesellschaft

**Der Haushalt 2017 steht. In dieser Woche wird er vom Bundestag absegnen. Am Mittwoch kam der Tag des Richtungsstreits, wie immer, wenn es um den Kanzlerretat geht.**

Von Uwe Kalbe

Ein anschauliches Beispiel für die im Bundestag üblichen Tiraden, bei denen in Halsbrecherischer Entfernung zur Absicht des politischen Gegners der verbale Trefker alles entscheidet, bot am Mittwoch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. In der Generaldebatte zum Haushalt 2017 warf er Sahra Wagenknecht vor, diese könne offenbar Donald Trump etwas abgewinnen. »Ihre Antwort auf den Populismus von rechts ist mehr Populismus von links.«

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN hatte zuvor in ihrer Rede die Politik der Großen Koalition für den Vormarsch der Rechten direkt verantwortlich gemacht.

Wo die Würde und die Interessen der einfachen Menschen geringgeschätzt würden, sei der Zulauf zu den Rechtspopulisten der AfD folgerichtig. Es seien die Lügenmärchen, dass diese Politik alternativlos sei, die die Menschen an der Demokratie verzweifeln ließen. Und dann: »Offenbar hat selbst ein Donald Trump wirtschaftspolitisch mehr drauf als Sie.« Denn immerhin habe Trump begriffen, »dass gegen Krise und marode Infrastruktur nicht Kürzungspolitik hilft, sondern ein großangelegtes öffentliches Investitionsprogramm.«

Die Debatte zum Kanzlerinnenretat stand im Schatten der gerade verkündeten erneuten Spitzenkandidatur Angela Merkels, der Präsidentenwahl in den USA und des Vormarschs der Rechten in Deutschland und Europa. Oppermann teilte die Analyse Wagenknechts zur sozialen Spaltung der Gesellschaft nicht und damit auch nicht ihren Schluss, dass die

se für den Vormarsch der Rechtspopulisten verantwortlich sei. Allerdings hält es Oppermann für geraten, den »Duktus der moralischen Überlegenheit« gegenüber den Anhängern der Rechtspopulisten abzulegen.

Auch Anton Hofreiter zeigte sich besorgt. Allen, denen etwas an der liberalen Demokratie gelegen ist, müsse der Vormarsch der Rechten in Deutschland und in Europa Sorgen machen, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen. Gemeinsam müsse man sich den Demagogen entgegenstellen. Keine soziale Not und »keine gefühlte Identitätsverunsicherung« rechtfertige rassistische, frauenfeindliche oder homophobe Handlungen. Doch auch Hofreiter warf der Regierung vor, zu wenig gegen die Spaltung der Gesellschaft, die Bekämpfung von Fluchtursachen und für den Klimaschutz zu tun.

Die Bundeskanzlerin ging kaum auf Wagenknechts Vor-

würfe ein, die als Oppositionsführerin vor ihr gesprochen hatte. Sie versprach, sich für die Wahrung geordneter Verhältnisse und einer offenen Gesellschaft einzusetzen. »Viele Menschen machen sich in diesen Tagen Sorge um die Stabilität unserer gewohnten Ordnung«, sagte Angela Merkel. Deutschland müsse versuchen, seine freiheitlichen Werte gemeinsam mit der EU und den USA in die Welt zu tragen. Seite 6

### Lesen Sie auf Seite 10 Gesund leben

Bei Rückenschmerzen wird millionenfach geröntgt. Doch folgt der Durchleuchtung auch die heilende Therapie?

## Syrer ohne vollen Asylschutz

Richter sehen Flüchtlinge aus Kriegsgebiet nicht per se verfolgt

Schleswig. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Schleswig hat die Praxis der Asylbehörde BAMF bestätigt, syrischen Kriegsflüchtlingen nur subsidiären Schutz zu gewähren. »Für die Annahme, dass der syrische Staat jeden unter Generalverdacht stellt, der Opposition anzugehören, gibt es keine Anhaltspunkte«, sagte die Vorsitzende Richterin des dritten Senats, Uta Strzyz. Strittig war, ob Kriegsflüchtlinge aus Syrien bei einer Rückkehr grundsätzlich mit politischer Verfolgung, Festnahme oder Folter rechnen müssen. Nur dann hätten sie Anspruch auf Asyl. Revision wurde nicht zugelassen.

Zahlreiche Verwaltungsgerichte hatten dies zuvor anders gesehen – und Tausenden klagenden Flüchtlingen Recht gegeben. Bundesweit haben bislang 113 000 Flüchtlinge – darunter 94 000 Syrer – nur »subsidiären Schutz« gewährt bekommen. Damit dürfen sie Angehörige erst Jahre später nachholen. Die Große Koalition hatte dies angesichts zahlreicher neuer Flüchtlinge im Asylpaket II beschlossen. dpa/nd

Seiten 4 und 5

## EU-Fraktionen für Gesprächsstopp

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen suspendiert werden

Straßburg. Die größten Fraktionen im Europaparlament haben sich darauf geeinigt, ein »vorübergehendes Einfrieren« der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu fordern. »Das heißt, wir hören auf, über offene Verhandlungskapitel zu sprechen, und öffnen keine neuen«, sagte die Türkei-Berichterstatterin des Europaparlaments, Kati Piri. Die EU-Kommission, die die Verhandlungen führt, ist nicht an der Aufforderung des Parlaments gebunden. Führt die Türkei die Todesstrafe wieder ein, sollen die Gespräche nach dem Resolutionsentwurf, über den an diesem Donnerstag im Plenum abgestimmt wird, formal suspendiert werden. Im Gegensatz zum bloßen Einfrieren der Gespräche würde dies bedeuten, dass die Mitgliedsstaaten einstimmig über eine Wiederaufnahme der Verhandlungen entscheiden müssten, sagte Piri. »Das käme einem Ende des Beitrittsprozesses gleich.« Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan misst der bevorstehenden Abstimmung indes keinerlei Bedeutung bei. dpa/nd

Kommentar Seite 4

## Etappensieg im Glyphosat-Streit

EuGH stärkt Informationsrechte der Bürger gegenüber Konzernen

Luxemburg. Greenpeace hat im Streit um das Pflanzengift Glyphosat vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einen Etappensieg errungen. Der EuGH stärkte in einem am Mittwoch in Luxemburg veröffentlichten Urteil die Auffassung, dass bisher geheimgehaltene Informationen über das Pflanzenschutzmittel offengelegt werden müssen. In einem zweiten Urteil entschied der EuGH über Informationsrechte zu bienengefährdenden Stoffen.

»Auf Grundlage des Urteils sollten nationale und EU-Behörden solche Studien automatisch veröffentlichen«, verlangte Franziska Achterberg von Greenpeace. Die Brüsseler EU-Kommission erklärte, man werde das Urteil prüfen.

Der EuGH entschied unter anderem, dass der Begriff von »Emissionen in die Umwelt« auch das Versprühen von Pflanzenschutzmitteln umfasst und nicht beispielsweise nur Emissionen aus Fabriken. Das ist relevant, weil EU-Regelungen die Offenlegung von Informationen über »Emissionen in die Umwelt« vorsehen. Agenturen/nd

Kommentar Seite 4

ISSN 0323-3375



4 198662 501709